I-11-030

Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha)

Änderungsantrag zu I-11

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:
Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und Polarisierung. Gesellschaftlichen Frieden sichern wir auch, indem alle ihren Fähigkeiten entsprechend mithelfen. So können wir die Folgen, insbesondere die der Klimakrise und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, abfedern. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen. Auch Menschen mit sehr hohen Vermögen sollen etwas abgeben. Dazu gibt es verschiedene Instrumente; wegen der Ausnahmesituation multipler Krisen bevorzugen wir eine verfassungsfeste Vermögensabgabe. Sie würde vornehmlich dem Abbau von krisenbedingten Schulden dienen sowie Mehrausgaben decken können. Auch bei notwendigen Freibeträgen, wie für Familienbetriebe, und unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Personengesellschaften würde sie Spielräume für dringend benötigte Projekte und Investitionen ermöglichen.

Begründung

Wir haben eine Notsituation, nicht wegen einer, sondern gleich mehrerer Krisen. Mit einer Pandemie, die zum steten Begleiter wird und dem brutalen russischen Krieg gegen die Ukraine. Mit explodierenden Gaspreisen, steigender Inflation und einer Klimakrise, die mit Waldbränden, Artenaussterben und Überflutungen immer drastischer unseren Alltag bestimmt. Alle Krisen finden ihren Ausdruck und verschärfen die soziale Unwucht. Die Folgen der Krisen sind ungleich verteilt. Während ca. 40 Prozent der Menschen kaum oder gar keine Ersparnisse haben und von den Krisenfolgen existenziell betroffen sind, verfügen wenige über sehr hohe Vermögen. Diese können Belastungen ausgleichen und haben zudem ausreichend Möglichkeiten, zu helfen, die Krisenfolgen gerechter zu verteilen. Auch Menschen mit sehr hohen Vermögen sollen etwas abgeben. Auch bei notwendigen Freibeträgen wie für Familienbetriebe und unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Personengesellschaften, die wir in der Krise stützen und deren Investitionen in Transformation wir sichern, schaffen wir so dringend benötigte Spielräume.

weitere Antragsteller*innen

Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel); Emilia Milla Fester (KV Hamburg-Eimsbüttel); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Jan-Niclas Gesenhues (KV Steinfurt); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Stefan Gelbhaar (KV

Berlin-Pankow); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Ann-Sophie Bohm (KV Weimar-Stadt); Bernhard Stengele (KV Erfurt); Marcel Emmerich (KV Ulm); Max Lucks (KV Bochum); Jamila Schäfer (KV München); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Paul-Joachim Bomhard (KV Hamburg-Altona); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.